



Dr. Peter Struck  
 24. Januar 1943, Jurist, Politiker.  
 Geboren in Göttingen. Jura-  
 studium dort und in Hamburg.  
 1971 Promotion. Im selben Jahr  
 Eintritt in die Hamburgische  
 Verwaltung mit verschiedenen  
 Verwendungen. 1973 in Uelzen  
 Stadtrat (SPD). Seit 1980 MdB.  
 Seit 1983 dort und in Hamburg  
 Rechtsanwalt. 1998–2002  
 Vorsitzender der SPD-Bundes-  
 tagsfraktion. 2002–2005 Bundes-  
 verteidigungsminister. Seither  
 erneut Fraktionsvorsitzender.

## Dr. Peter Struck, MdB

*Bundesminister der Verteidigung*

### „Die neuen Aufgaben der Bundeswehr“

Als ich in Hamburg studiert habe und Regierungsrat in den Behörden war, hätte ich mir auch nicht träumen lassen, einmal als Redner hier beim Übersee-Club auftreten zu dürfen. Es ist mir eine große Ehre, dass Sie mich eingeladen haben.

Für Sie alle ist das ein fester Termin in der Jahresübersicht, und in diesem Jahr fällt dieser Termin mit einem besonderen Datum für unser Land zusammen, nämlich mit den fünfzig Jahren Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Nato und dem fünfzigjährigen Bestehen der Bundeswehr. Die Nato garantiert seit nunmehr fünfzig Jahren unseren Frieden und unsere Sicherheit. Sie hat einen entscheidenden Anteil an der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung. Fünfzig Jahre Bundeswehr heißt in diesem Zusammenhang auch – der Bürgermeister und Herr von Foerster haben es angesprochen – fünfzig Jahre erfolgreiche Friedenssicherung. Unter dem Motto „*Entschieden für den Frieden*“ wird das Jubiläum mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in den kommenden Monaten angemessen gewürdigt werden, auch hier in Hamburg, bei der Führungsakademie und anderswo, an unserer Helmut-Schmidt-Universität auch.

Meine Damen und Herren, in diesem Jubiläumsjahr ist die Bundeswehr eine Armee im globalen Einsatz und Armee in einem tief greifenden Wandel. Beide Entwicklungen sind eng miteinander verknüpft. Sie sind Ergebnis der grundlegenden veränderten sicherheitspolitischen Lage und der veränderten Rolle Deutschlands in der Welt. Deutschland übernimmt verlässlich gewachsene internationale Verpflichtungen in der Nato, in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen. Politisch wie militärisch leistet unser Land auch in ganz entfernten Regionen und außerhalb Europas einen Beitrag zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung des Friedens. Seit Jahren gehört Deutschland zu den größten Truppenstellernationen für internationale Friedensmissionen. Für die verbesserten Krisenreaktionsfähigkeiten von Nato und Europäischer Union stellt Deutschland seinen Möglichkeiten entsprechende substantielle militärische Fähigkeiten bereit. Gleichzeitig ist die Bundeswehr natürlich auch in der Lage, einen Beitrag zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor den neuartigen Bedrohungen zu leisten oder in Katastrophenfällen entscheidend zu helfen.

Die gewachsenen Anforderungen an die Bundeswehr haben einen völligen Neuanfang für Streitkräfte und Verwaltung unvermeidlich gemacht. Die Bundeswehr hat auf allen Ebenen einen Transformationsprozess mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Einsatzfähigkeit für die neuen Aufgaben begonnen. Der neue Kurs orientiert sich an den wahrscheinlichsten Aufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich natürlich des Kampfes gegen internationalen Terrorismus. Mit der neuen Konzeption der Bundeswehr und dem neuen Stationierungskonzept habe ich im vergangenen Jahr die beiden noch ausstehenden konzeptionellen Entscheidungen für die Neuausrichtung der Bundeswehr getroffen. Bis zum Jahre 2010 wird die neue Bundeswehr Gestalt annehmen. Sie ist geprägt durch einsatzorientierte Streitkräftestrukturen, angemessene

Umfänge, eine zukunftssichere Stationierung, eine optimierte Führungsorganisation, eine aufgabengerechte Ausrüstungsplanung, umfassende Orientierung an Wirtschaftlichkeit und Effizienz und eine zukunftssichere Wehrform.

Ich möchte an dieser Stelle besonders betonen: Trotz konsequenter Einsatzorientierung bleiben die Landesverteidigung und der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger natürlich auch zukünftig eine Kernaufgabe der Bundeswehr. Diese Aufgaben sind weiterhin gewährleistet. Natürlich gilt das auch für Hilfe in Katastrophenfällen.

Die Entscheidungen zur zukünftigen Stationierung, die ich Ende des Jahres getroffen habe, haben weitreichende Auswirkungen auch außerhalb der Bundeswehr. Deshalb dazu einige kurze Bemerkungen. Die Stationierungsentscheidungen ergeben sich zwingend aus der Umstrukturierung der Streitkräfte und des großen zivilen Bereiches und aus unseren veränderten Aufgaben. Die Entscheidung erfolgte unter Berücksichtigung der beiden allein entscheidenden Kriterien: militärisch notwendig und betriebswirtschaftlich verantwortbar. Es ist mir bewusst: Die Standortentscheidungen bringen für die betroffenen Kommunen und Regionen eine erhebliche Belastung mit sich. Die Konversionsproblematik wird von uns daher sehr ernst genommen. Der Bund unterstützt und berät, wo immer möglich. Ich habe mich deshalb vor drei Wochen mit den Bürgermeistern und Landräten der betroffenen Regionen in Bonn getroffen und Fragen der Konversion mit ihnen erörtert.

Meine Damen und Herren, viel wird in den nächsten Wochen und Monaten über das Thema Wehrpflicht zu diskutieren sein. Ich möchte deshalb, bevor ich Ihnen meine Meinung dazu sage, Sie um Ihre Meinung bitten. Sie wissen, dass es Bestrebungen gibt, die Wehrpflicht abzuschaffen. Ich möchte alle diejenigen um ihr Handzeichen bitten, die für die Abschaffung der Wehrpflicht sind. – Noch einmal, keine Sorge, keine Angst. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Das ist, glaube ich, eindeutig die Mehrheit – von oben zu sehen. Es waren vorher einige wenige Stimmen.

Nach meiner Auffassung ist die allgemeine Wehrpflicht fester Bestandteil der neuen Bundeswehr. Sie sichert deren Einsatzfähigkeit heute und morgen. Darüber hinaus ist nur mit der allgemeinen Wehrpflicht eine solide Basis zur Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs gegeben. Die Wehrpflicht gewährleistet also gleichzeitig gesellschaftliche Integration und hohe Professionalität der Bundeswehr. Schließlich kommt hinzu, dass eine Freiwilligen-Armee in der gleichen Qualität in der gleichen Größenordnung von 250.000 Soldatinnen und Soldaten, die wir planen, und mit dem gleichen Finanzrahmen schlicht und einfach nicht finanzierbar wäre. Ich bin davon überzeugt, dass die allgemeine Wehrpflicht die bessere Wehrform für unser Land ist, und werde natürlich auch weiter intensiv dafür werben.

Ein Wort zur Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Wirtschaft. Das Ziel der verbesserten Einsatzfähigkeit der Bundeswehr ist nur zu erreichen, wenn Wirtschaftlichkeit und Effizienz in allen Bereichen konsequent erhöht werden und sich die Bundeswehr auf ihre Kernfähigkeiten konzentrieren kann. Wir werden die Bundeswehr von allen Aufgaben entlasten, die keine militärischen Kernaufgaben sind, und diese Leistungen durch externe Dienstleister bereitstellen lassen. Dieses Konzept ist beim neuen Bekleidungs- und Fahrzeugflottenmanagement der Bundeswehr bereits umgesetzt. Beide Bereiche arbeiten sehr erfolgreich. Der Fuhrpark der Bundeswehr beispielsweise konnte erheblich modernisiert werden. Das Durchschnittsalter der handelsüblichen Pkw wurde im Jahre 2003 von 8,7 auf 2,9 Jahre reduziert. Der Bekleidungsbestand der

Bundeswehr wurde um ein Drittel abgebaut. Damit können Lager- und Personalkosten erheblich gesenkt werden.

Als ein weiteres Kooperationsprojekt mit der Wirtschaft wurde im Februar dieses Jahres die Heeresinstandsetzungs-Logistik GmbH gegründet. Diese Gesellschaft erbringt Materialerhaltungsleistungen an ausgewählten Waffensystemen des Heeres. Das Projekt umfasst ein Finanzvolumen von rund 1,7 Milliarden Euro über eine Laufzeit von acht Jahren. Auf diesem Wege sollen die vorhandenen Instandsetzungskapazitäten der Bundeswehr effizienter und wirtschaftlicher ausgelastet werden. Gleichzeitig soll die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in technologischen Kernbereichen gefördert werden.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 20. April einem weiteren Pilotprojekt der Modernisierung zugestimmt: der Neuordnung des Verpflegungswesens. Die in der Bundeswehr ablaufenden Prozesse zur Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz werden durch weitere Maßnahmen unterstützt. Eine Bedarfsdeckung erfolgt vorrangig durch Rückgriff auf marktverfügbare Produkte. Bei neuen Produkten werden die Realisierungszeiten verkürzt. Dadurch erreichen wir, dass die Bundeswehr mit der Innovationsgeschwindigkeit in der Wirtschaft Schritt hält. Die konsequente Verbesserung der Einsatzbereitschaft und die Modernisierung führen zu einer nachhaltigen Senkung der Betriebskosten. Dadurch setzen wir Mittel für notwendige Investitionen in moderne Ausrüstung frei.

Meine Damen und Herren, von meinem Haushalt von 24 Milliarden Euro pro Jahr gebe ich mehr als die Hälfte für Personal aus, dann ein weiteres Viertel für Betriebskosten und nur ein weiteres Viertel für Investitionen, die allerdings doch gesteigert werden müssen. Zu den wichtigen Investitionen und Vorhaben zählen das taktische Luftverteidigungssystem MEADS, Medium Extended Air Defence System, und das Nato-Vorhaben Alliance Ground Surveillance, AGS abgekürzt, aber vor allen Dingen auch eine ganze Reihe einsatzwichtiger geschützter Fahrzeuge, gepanzerter Radfahrzeuge des Heeres.

Zur wehrtechnischen Industrie: Der im Juli 2004 gegründeten Europäischen Verteidigungs-Agentur kommt eine große Bedeutung zu. Die Agentur wird zu einer intensivierten Rüstungskoooperation, einer funktionalen Arbeitsteilung und einer Rollenspezialisierung im Rüstungssektor in ganz Europa führen. Das lässt einen wirtschaftlicheren Einsatz der knappen Finanzmittel, die alle Verteidigungsminister zu beklagen haben, zu. Die Agentur wird nach meiner Überzeugung zunehmend Einfluss auf die Entwicklung der wehrtechnischen Industrie überall nehmen. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass zwischen meinem Ministerium und der wehrtechnischen Industrie weitgehende Übereinstimmung bei der Bestimmung der für die Bundeswehr relevanten militärischen Kernfähigkeiten erzielt werden konnte. Grundlage für den Erhalt der industriellen Kernfähigkeiten in Deutschland im Rüstungssektor ist eine weitere Konsolidierung, insbesondere im Heeresindustriebereich. Im Schiffbau haben wir das schon erreicht. In Hamburg weiß man, wovon ich spreche, und in der Luftfahrtindustrie des EADS ohnehin.

Meine Damen und Herren, einige Worte zum Engagement Deutschlands in der Nato und der Europäischen Union. Wir machen die Bundeswehr fit für die neuen Anforderungen, vor allem im Rahmen der Nato und auch der Europäischen Union. Das Engagement dort ist entscheidend für unsere Stärke auch in den Bündnissen. Deshalb sehe ich Handlungsbedarf, der über die reine Stärkung der militärischen Fähigkeiten hinausgeht. Der politisch-strategische Dialog in der Nato muss deutlich

verbessert werden. Es kann nicht sein, dass ein Mitglied der Nato im Natorat erklärt, es habe etwas Bestimmtes vor, und nach dem Prinzip der Einstimmigkeit stimmen nicht alle zu, und dann erklärt dieses Mitglied: Dann mache ich es eben allein in einer coalition of the willing.

Die Nato muss wieder stärker der Ort werden, an dem der politische und strategische Dialog der transatlantischen Partner geführt werden wird. Das war in den vergangenen Jahren ganz sicher häufig nicht mehr der Fall. Die Nato hat zwar ihre militärische Transformation seit 2002 weit vorangetrieben, aber jetzt geht es darum, ihr auch wieder den hohen politischen Stellenwert zu geben, der ihr in einer Welt neuer globaler Herausforderungen zufallen muss. Die Nato bleibt als zentraler transatlantischer Konsultations- und Handlungsrahmen ohne Alternative. Darüber haben die Außenminister der Nato in Vilnius auf der Grundlage von Vorschlägen des Nato-Generalsekretärs beraten und einen wichtigen Schritt nach vorn getan, um eine neue Qualität des politischen Dialoges zu erreichen. Damit ist ein Anfang gemacht.

Mein Ziel ist es, dass auch auf der Ebene der Verteidigungsminister der politisch-strategische Dialog in der Nato intensiviert wird. Dazu sollten die Treffen der Minister entfrachtet werden von Routineangelegenheiten. Es können nicht länger im Mittelpunkt von Nato-Verteidigungsminister-Sitzungen das Abnicken vorgefertigter Kommuniqués oder das Verlesen vorgefertigter Statements stehen. Daraus kann weder eine substantielle noch eine offene Diskussion im Bündnis entstehen, die wir dringend brauchen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir hier weiterkommen; denn auch die amerikanische Regierung – das zeigen jüngste Signale nach dem Besuch von Präsident Bush in Europa – weist der Nato wieder eindeutig Vorrang in ihrem außen- und sicherheitspolitischen Handeln zu. Die Verteidigungsminister der Nato tragen hohe Verantwortung für Zehntausende Soldatinnen und Soldaten im globalen Einsatz. Ich habe das gerade wieder erlebt während meiner kürzlichen Reise nach Kabul. Die Risiken für unsere Soldaten dort sind hoch, und sie werden nicht geringer. Die Verteidigungsminister müssten deshalb den politischen Rahmen der Einsätze und die weiteren Perspektiven erörtern. Im Falle Afghanistans hieße das zum Beispiel eine Diskussion darüber, wie es eigentlich nach den Septemberwahlen in diesem Land weitergehen soll. Wir brauchen, in anderen Worten, einen Post-Petersberg-Prozess, der Perspektiven der internationalen Sicherheitspräsenz genauso aufzeigt wie Ecksteine des weiteren politischen und gesellschaftlichen Aufbaus dieses geschundenen Landes.

Ich bin auch der Meinung, dass die Verteidigungsminister in bestimmten verteidigungspolitischen Kernfragen – ich denke dabei vor allem an die Transformationsprozesse in allen Bündnisländern – noch stärkere Verantwortung übernehmen müssen. Der Transformationsprozess im Bündnis, der ja untrennbar mit der Transformation der jeweiligen nationalen Streitkräfte verknüpft ist, erfordert eine stärkere politische Steuerung. Hier sehe ich eine besondere Rolle der Verteidigungsminister, die durch untergeordnete Arbeitsforen in der Nato unterstützt werden können. Ich werde alles dafür tun, dass bereits zum nächsten informellen Nato-Ministertreffen im September, das aus Anlass von fünfzig Jahren Bundeswehr in Berlin stattfinden wird, ein neues Format der Beratungen in der Nato etabliert werden kann. Ich denke, diese Diskussionen werden auch einen Beitrag dazu leisten, um in den Kernfragen der künftigen Ausrichtung der Nato voranzukommen: Was ist das gemeinsame Verständnis über die zukünftige Rolle der Allianz? Mit welchem Ziel und unter welchen Umständen werden die Streitkräfte des

Bündnisses eingesetzt? Welche anderen sicherheitspolitischen Aufgaben fallen der Nato im künftigen Sicherheitsumfeld zu?

Im vergangenen Jahrzehnt hieß es für die Nato *out of area* oder *out of business*. Heute genügt *out of area* zu sein nicht mehr, um die strategische Relevanz des Bündnisses zu bestimmen. Wir benötigen ein politisch-strategisches Grundverständnis über das, was die Nato im 21. Jahrhundert leisten kann und leisten soll. Diesen strategischen Grundkonsens der Nato zu festigen und auch zu erneuern ist ein Ziel, dem auch die deutsche Initiative bei der Münchener Sicherheitskonferenz diene.

Diesem Ziel dienen auch meine Vorschläge für eine Belebung des politisch-strategischen Dialogs auf der Ebene der Nato-Verteidigungsminister. Die strategische Partnerschaft zwischen Nato und der Europäischen Union muss weiterentwickelt werden. Wer über die Nato der Zukunft nachdenkt, muss auch an die Entwicklung der Europäischen Union denken. Es ist gut, dass die Europäische Union sicherheitspolitisch handlungsfähiger wird. Sie hat mittlerweile ein Spektrum ziviler und sicherheitspolitischer Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung wie keine andere Organisation. Wir sind in Bosnien, in Mazedonien, in Afrika, haben dort als Europäer Verantwortung für die Durchführung wichtiger militärischer Friedensmissionen übernommen. Deutschland gehört seit Jahren zu den herausragenden Befürwortern einer starken Rolle Europas. Wir lassen dabei unseren Worten natürlich auch Taten folgen. Die Bundeswehr stellt das größte Kontingent des EU-geführten Einsatzes in Bosnien. Zu den sogenannten *battle groups* der Europäischen Union trägt die Bundeswehr mit zweimaliger Beteiligung 2006 und fünfmaliger Beteiligung ab 2007 einen herausragenden Anteil bei. Die Europäische Union kann aber die Nato in vielerlei Hinsicht weder ersetzen, noch stellt sie ein Gegengewicht zur Nato dar. Richtig ist, dass das Verhältnis zwischen Nato und Europäischer Union noch nicht den Notwendigkeiten der heutigen Lage entspricht. Richtig ist auch, dass die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen in der heutigen Zeit nicht mehr den Luxus erlauben, auf nur eine Sicherheitsinstitution zu setzen. Für die Krisenbewältigung und die schwierige Aufgabe des *nation building* müssen immer häufiger die Fähigkeiten verschiedener Akteure genutzt werden. Das gilt in besonderem Maße für die Nato und für die Europäische Union. Ihr Verhältnis muss mit dem Ziel sinnvoller Komplementarität entwickelt und darf nicht durch unnötige Konkurrenz oder gegenseitiges Ignorieren geschwächt werden. Die Kooperation zwischen beiden wird immer wichtiger. Die strategische Partnerschaft zwischen der Nato und der Europäischen Union muss zum Nutzen der gemeinsamen Sicherheit der euroatlantischen Demokratie fester Bestandteil der neuen Sicherheitslandschaft werden. Das heißt für mich Intensivierung des Dialogs, zum Beispiel durch Teilnahme des Nato-Generalsekretärs beziehungsweise des hohen Repräsentanten der EU an den jeweiligen Ratssitzungen und mehr Entscheidungskompetenzen für gemeinsame Nato-EU-Gremien. Wir sollten auch prüfen, inwieweit wir die sogenannte Berlin-plus-Vereinbarung, die die Möglichkeit des Rückgriffs der Europäischen Union auf Nato-Mittel und -Fähigkeiten regelt, im Sinne der gegenseitigen Verfügbarkeit von Mitteln und Fähigkeiten weiterentwickeln. Der Nato sollten Rückgriffsmöglichkeiten auf spezifische Mittel und Fähigkeiten der Europäischen Union eingeräumt werden.

Umgekehrt müsste auch die Europäische Union auf die NRF, die Nato Response Force, eine schnelle Eingreiftruppe der Nato – die schließlich übrigens mit Masse auch aus europäischen Streitkräften besteht, auch einem großen Anteil der Bundeswehr –, zurückgreifen können. Voraus-

setzung dafür ist, dass die für das gemeinsame Krisenmanagement vereinbarten Konsultations- und Abstimmungsmechanismen vorbehaltlos zur Anwendung kommen und beide Organisationen die benötigten Mittel zuverlässig bereitstellen.

Ich weiß, hierfür müssen einige schwierige politische Hindernisse überwunden werden. Das beginnt bei der Verweigerungshaltung der Türkei und reicht bis zu Vorbehalten auf amerikanischer und auf französischer Seite. Hier bedarf es einer gemeinsamen politischen Kraftanstrengung. Die Realität in den Einsatzgebieten und die schwierigen Aufgaben der Friedenssicherung lassen aber aus meiner Sicht keine andere Möglichkeit zu, als die Zusammenarbeit zwischen Nato und Europäischer Union konsequent und konstruktiv auszubauen.

Meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist im Jahre ihres fünfzigjährigen Bestehens auf dem Weg zu einer modernen Armee des 21. Jahrhunderts. Sie ist heute schon moderner und leistungsfähiger als noch vor wenigen Jahren. Der begonnene Transformationsprozess verlangt den Angehörigen der Bundeswehr viel ab. Der eingeschlagene Kurs ist aber ohne Alternative. Wir setzen daher diesen Weg konsequent fort. Die Transformation der Bundeswehr trägt dazu bei, dass Deutschland außenpolitisch handlungsfähig bleibt und auch zukünftig in Solidarität mit Partnern und Verbündeten für gemeinsame politische Ziele eintreten und Beiträge zur internationalen Gefahrenabwehr und zur Sicherung des Friedens leisten kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■